

Die Leitplanken für faire Bedingungen

VON JUTTA KRAUSE

Tragen Unternehmen Verantwortung für die Herstellung ihrer Produkte im Ausland? Damit befassten sich Günther Wolz vom Verein Partnerschaft Dritte Welt und Wirtschaftsexperte Bernhard Schwager bei einem Podiumsgespräch in der Stabi. Es war der Auftakt für die Ausstellung „Lebenswelten – Arbeiterinnen und Arbeiter entlang der Lieferkette von Orangensaft berichten“, die dort bis Mitte November zu sehen ist.



Seit Wochen wird heftig und kontrovers über ein Gesetz diskutiert, das deutsche Unternehmen dazu verpflichten würde, entlang des gesamten Herstellungsprozesses ihrer Produkte für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie Sozial- und Umweltstandards zu sorgen und sie bei Verstößen haftbar machen

würde. Während Befürworter dieses Lieferkettengesetzes ins Feld führen, dass eine gesetzliche Grundlage nötig sei, da nur etwa ein Fünftel der deutschen Unternehmen sich freiwillig um die Einhaltung von Menschenrechtsstandards entlang ihrer Lieferkette kümmerten, argumentieren Gesetzesgegner mit befürchteten Wettbewerbsnachteilen und Haftungsrisiken. „Deutsche Unternehmen verletzen immer wieder Menschenrechte – ist das moralisch tragbar oder sollten sie dafür Verantwortung tragen?“, brachte es Katja Klaus, Vorsitzende des Vereins Partnerschaft Dritte Welt, eingangs etwas überspitzt auf den Punkt. Auf dem Podium stellte ihr Vereinskollege Günther Wolz Fragen an Bernhard Schwager, der sich als Geschäftsführer der Omnicert Consulting GmbH, Vorstand des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik (DNWE) und ehemaliger Leiter der Geschäftsstelle Nachhaltigkeit der Robert Bosch GmbH, intensiv mit dem Thema befasst hat.

Ohne Orientierungsrahmen kommt es zu unlauterem Handeln

Natürlich, begann er, trügen Unternehmen Verantwortung für ihre Lieferkette, die Frage sei allerdings, wie detailliert die Kette betrachtet werden sollte und was tatsächlich leistbar sei. Um die Diskussion auf die sachliche Ebene zurückzubringen und eine Annäherung zu ermöglichen, müsse man „erst mal Luft rauslassen und fragen, was geht? Die Regelung wird kommen, denn sie

ist nötig. Studien zeigen: Wenn kein Orientierungsrahmen da ist, setzt sich unlauteres Verhalten durch, weil man damit mehr Gewinn erzielen kann.“ Der Staat müsse „die Leitplanken setzen, in denen die Wirtschaft sich bewegt“.

Statt dabei jedoch die Unternehmensgröße als Maß zu nehmen und die Regelungen beispielsweise von der Mitarbeiterzahl abhängig zu machen, sei es sinnvoller, zu fragen, welchen Hebel ein Unternehmen bei einem bestimmten Produkt tatsächlich habe. Dafür sei die Größe nicht unbedingt ein guter Indikator. Zudem sei das Thema für viele schwer greifbar, sie wüssten nicht, wie sie ihre vielen Lieferanten kontrollieren sollten. Um den Prozess einfacher und machbarer zu gestalten, schlug Schwager vor, zwischen direkten und indirekten Materialien zu unterscheiden – also zwischen solchen, die direkt ins Produkt einfließen und solchen, die für den Produktionsprozess nötig sind – und indirekte Materialien wie Hilfs- und Betriebsstoffe zumindest im ersten Schritt wegzulassen. „Damit haben wir die zu kontrollierenden Lieferanten schon um 80 Prozent reduziert“, erklärte er. „Dann muss man fragen: Worauf habe ich Einfluss und worauf nicht?“ Viele Unternehmen hätten die Sorge, für etwas haftbar gemacht zu werden, auf das sie keinen Einfluss haben – eine Befürchtung, die von Verbänden befeuert werde. „Für mich ist klar: Wenn etwas beim Lieferkettengesetz herauskommen soll, brauchen die Unternehmen mehr Unterstützung – und Rechtsnormen als Leitplanken.“ Das Argument der Wettbewerbsnachteile im internationalen Geschehen sei zwar legitim, doch gelte es zunächst, nationale Standards zu schaffen. „Wer nach europäischen oder gar globalen Lösungen ruft, weiß: Die kommen in 100 Jahren nicht. Man muss vor Ort anfangen.“

Sinnvoll findet Schwager den Ansatz, Menschenrechte als Qualitätskriterium zu etablieren. Der Konsument entscheide mit, was auf dem Markt Bestand hat und könne diesen Einfluss nutzen. „Mir als Konsumentin wäre es recht, wenn ich die Nachfrage nach Menschenrechtsstandards abgeben und sicher sein könnte, dass sie eingehalten werden. Würde das zu einer Verteuerung führen?“, wollte Katja Klaus wissen. Die Gesamtkostenstruktur eines Produkts ändere sich dadurch nur marginal, erläuterte Schwager. „Preise haben nichts mit Kosten zu tun. Ein höherer Lohn an der Quelle erhöht die Kosten zwar minimal, aber die großen Margen liegen in den Zwischenstufen und der Verteilung des Produkts. Da wird abgefischt.“
